

Der Ausschussvorsitzende wies einfürend daraufhin, dass hier der Jahresbericht 2012 zum Frauenförderplan zur Beratung anstehe und nicht der Frauenförderplan als solcher.

Zunächst wies Frau Sielaff-Boch auf verschiedene Fehler im Frauenförderplan hin, die nun aber eingearbeitet werden, so dass mit der Niederschrift ein aktueller Jahresbericht zur Verfügung gestellt werden kann. In ihren weiteren Ausführungen wies Frau Sielaff-Bock auf die gute Zusammenarbeit mit der Verwaltung hin.

Frau Bergmann-Gries dankte zunächst Frau Sielaff-Bock für diesen Bericht und die bisher geleistete Arbeit. Gleichzeitig bat sie um Information darüber, inwieweit die Thematik „Gesundheitsmanagement“ für die Gleichstellung relevant sei.

Frau Sielaff-Bock verwies in ihren Ausführungen auf die Beantwortung der Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wonach eine gesetzliche Verpflichtung zum Gesundheitsmanagement zurzeit nicht bestehe. Diese Aufgabe werde aber freiwillig seitens der Verwaltung wahrgenommen. Ein Zusammenhang der Thematik „Gleichstellung“ und „Gesundheitsmanagement“ ist in erster Linie bezogen auf die Doppelbelastung Beruf/Haushalt zu sehen.

Herr Haacke dankte ebenfalls für diesen Bericht. In seinen Ausführungen wies er daraufhin, dass seiner Auffassung nach eine Strategie fehle, um die Quoten in den nächsten Jahren wieder nach oben zu bringen. Hierzu führte Frau Sielaff-Bock aus, dass im Jahr 2013 und in den nächsten Jahren entsprechende Seminare etc. angeboten und durchgeführt wurden bzw. werden, um weibliche Führungskräfte zu gewinnen.

Auch Herr Lienesch dankte für diesen Bericht und die bisher geleistete Arbeit. Zu seinen Anmerkungen bezüglich des wohl bestehenden Mangels an weiblichen Nachwuchsführungskräften führte sie aus, dass dieses Problem nicht nur in Sankt Augustin bestehe, sondern ebenfalls in vielen Kommunen. Eine Patentlösung könne sie aber auch nicht anbieten. Sie wolle jedoch versuchen, dies in kleinen Schritten zu erreichen. So soll z.B. im nächsten Jahr speziell ein Seminar zu dieser Thematik angeboten werden.

Bezüglich der Nachfrage von Frau Schulenburg betreffend die Umsetzung der leistungsorientierten Bezahlung (LOB) führte Herr Lübken aus, dass dies nun aufgrund der einvernehmlich (Verwaltung/Personalrat) erarbeiteten Dienstvereinbarung erfolgt.

Dann fasste der Ausschuss folgenden Beschluss: